Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,200.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 122. Dienstag den 6. April 1880. 74. Jahrgang.

Der Einsender der in der dritten Beilage zu Nr. 67 dieses Blattes vom 11. Februar a. c. ersichtlichen Annonce, den Verlust eines Portemonnaies mit ca. 10 ℳ und 2 Postscheinen — abzug. Restaur. Hauk, Hospitalstr. 38 — betreffend, wird hierdurch aufgefordert, behufs seiner Vernehmung **ungesäumt** bei unterzeichneter Behörde sich zu melden.

Auch wird Jedermann, der über die Person dieses Verlustträgers Auskunft zu geben vermag, ersucht, diesbezügliche Mittheilungen unverweilt anher zu machen.

Leipzig, am 2. April 1880.

Königliche Staatsanwaltschaft.
J. A.: Spittel, Ref.

Bekanntmachung,

die Bezahlung der Immobiliar-Brandcassen-Beiträge betreffend.

Nach Beschluß des königl. Ministeriums des Innern vom 1. März 1880 wird mit Rücksicht auf den dermaligen Vermögensstand der Abtheilung für die Gebäudeversicherung bei der Landesbrandversicherungs-Anstalt der auf das erste Halbjahr 1880 entfallende, zum

1. April d. J.

zahlbare halbe Jahresbeitrag von der **Gebäudeversicherung** zum dritten Theile erlassen und kommt daher nach Höhe von **1 Pfennig von jeder Einheit** zur Erhebung.

Dagegen bewendet es bezüglich der **Abentrichtung der halbjährigen Beiträge für die Versicherung industrieller und landwirthschaftlicher Betriebsgegenstände,** sowie wegen der **Nachzahlung** der auf frühere Termine sich **berechnenden Stückbeiträge, auch rücksichtlich der Gebäudeversicherung,** bei den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

Es werden demnach alle hiesigen Hausbesitzer resp. deren Stellvertreter hierdurch aufgefordert, **ihre Beiträge**

vom 1. April ab spätestens binnen 8 Tagen

bei der Brandcassengelder-Einnahme allhier, Brühl Nr. 47/51, II. Stock, zu bezahlen, da nach Ablauf dieser Frist die gesetzlichen Maßregeln gegen die Restanten eintreten müssen.

Leipzig, den 27. März 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Berndt.

Zu genauer Nachachtung bringen wir hierdurch die Vorschriften:

daß jeder ankommende Fremde, welcher hier übernachtet, am Tage seiner Ankunft, und wenn diese erst in den Abendstunden erfolgt, am andern Tage Vormittags von seinem Wirthe bei unserem Fremden-Bureau anzumelden ist, diejenigen Fremden aber, welche länger als drei Tage hier sich aufhalten, **Anmeldeschein** zu lösen haben,

in Erinnerung und bemerken, daß Vernachlässigungen derselben mit einer Geldbuße von 15 Mark oder verhältnißmäßiger Haftstrafe geahndet werden würden.

Leipzig, 3. April 1880.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder. Daegner, S.

Vermiethung in der Landfleischerhalle.

Die für den 8. Juni ds. Js. gekündigte **Abtheilung Nr. 38 der Landfleischerhalle am Plauen'schen Platze** hier soll von da ab **anderweit** gegen **einmonatliche Kündigung** an den Meistbietenden **vermiethet** werden und wird hierzu ein Versteigerungstermin an Rathsstelle auf

Sonnabend, den 10. April ds. Js., Vormittags 11 Uhr,

anberaumt.

Die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen können schon vor dem Termin auf dem Rathhaussaale, I. Etage, eingesehen werden.

Leipzig, den 24. März 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

I. Städtische Fortbildungsschule für Knaben.

(Grimmaischer Steinweg 17/18).

Der **Unterricht** beginnt **Montag, den 5. April** Abends 6 Uhr.

Die **Anmeldung neuer Schüler** hat in den Tagen des **5., 6.** und **7. April** 10—1 Uhr Vormittags und 4—6 Uhr Nachmittags zu erfolgen.

Leipzig, am 3. April 1880.

Der Director:
Dr. Bräutigam.

Aufgaben der nationalliberalen Politik.

N.-L. C. Berlin, 4 April. Ging früher die Taktik der nationalliberalen Fraction im Wesentlich dahin, den Ausbau des Reiches möglichst in positivem Zusammenwirken mit der Regierung und ohne Scheu vor einem dem Zwecke angemessenen Compromiß mit den Conservativen zu erstreben, so hören häufig wir neuerdings, u. A. auch in dem Lasker'schen Schreiben das Ziel müsse jetzt ohne „jede denkbare Nebenrücksicht", unter Zurückweisung des Zusammengehens mit den Conservativen verfolgt werden. Es erhebt sich also die Frage: Wäre eine grundsätzliche Veränderung der bisherigen Taktik richtig oder nicht? Auf den ersten Blick scheint die erstere Ansicht durch die unleugbare Veränderung der ganzen Lage der nationalliberalen Partei unterstützt zu werden. In dem Maße, in welchem die nationalliberale Fraction des Reichstags in den letzten Jahren geschwächt worden, ist die conservative Seite des Hauses angewachsen. Die selbstverständliche Folge davon ist, daß die Conservativen eine erheblich geringere Nachgiebigkeit gegen nationalliberale Forderungen zeigen, als früher. Dazu kommt die veränderte Haltung der Centrumspartei, welche den Conservativen gestattet, mit derselben in allen Fragen, in welchen sie ihr näher stehen als den Liberalen — und dies wird so ziemlich das ganze Gebiet der Politik sein, soweit es sich nicht um Erfordernisse der nationalen Einheit und Machtstellung handelt —, gemeinsame Sache zu machen. Zugleich ist es dem Fürsten Bismarck durch die größere Stärke der Conservativen wie durch die veränderte Haltung des Centrums bedeutend erleichtert, mit wechselnden Majoritäten zu verfahren, dieselbe Partei bald freundlich, bald feindselig zu behandeln. Daß durch diesen Umschwung der Verhältnisse den Nationalliberalen das Beharren in der bisherigen selbstlosen Arbeit sehr erschwert werden mußte, liegt auf der Hand. Rein menschlich genommen, wäre es nur zu begreiflich, wenn gerade die tüchtigsten unter den Männern dieser Richtung sich mißmuthig abwendeten von der bisherigen Weise des positiven Schaffens. Eine andere Frage aber ist, ob dies auch politisch klug gehandelt wäre. Die Art, wie Fürst Bismarck sich in den letzten Jahren von der nationalliberalen Fraction getrennt hat, mag Manchen sozusagen persönlich verletzt, kann aber unmöglich irgend einen politisch urtheilsfähigen Kopf überrascht haben. Der Reichskanzler hat aus seiner conservativen Grundanschauung nie ein Hehl gemacht; er hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß er nur aus Rücksicht auf die numerische Stärke der Nationalliberalen im Parlament denselben Concessionen gemacht, zu denen er aus eigenem Antriebe nie geschritten sein würde. Kein Wunder da, daß er sich über den nationalliberalen Einfluß in demselben Maße hinwegsetzte, in welchem die nationalliberale Fraction an numerischer Stärke verlor. Was würde nun die Folge sein, wenn dem gegenüber die nationalliberale Fraction erklärte: „Wir wollen keine Verständigung mehr mit dem Reichskanzler. Hier ist unser Programm! Will er es ausführen, voll und ganz, so sind wir seine Freunde; will er es nicht, so sind wir seine rücksichtslosen Gegner. Entweder — oder!"? Die selbstverständliche Wirkung einer solchen Stellungnahme würde sein, daß Fürst Bismarck entweder fast bedingungslos in die Arme einer conservativ-klerikalen Majorität, oder zur Auflösung des Reichstags getrieben würde. Nach den vor zwei Jahren gemachten Erfahrungen wird eine abermalige Auflösung im liberalen Lager schwerlich herbeigesehnt werden. Wie aber steht es mit der anderen Möglichkeit, daß nämlich Fürst Bismarck ganz auf eine conservativ-klerikale Majorität angewiesen wäre? Er würde voraussichtlich, ebenso wie früher zu Concessionen in liberaler Richtung, die ihm „gegen den Strich gingen", so jetzt zu ähnlichen Concessionen in antiliberaler Richtung gezwungen sein. Kurz: die Reaction hätte freies Spiel auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung, und die Nationalliberalen würden der Zertrümmerung ihres eigenen Werkes mit verschränkten Armen zusehen. Wir bezweifeln, daß die nationalliberale Partei im Lande eine derartige Handlungsweise der Reichstagsfraction als den Ausfluß politischer Klugheit betrachten würde. Unseres Erachtens würde diese Handlungsweise nur dann gerechtfertigt sein, wenn jede Hoffnung auf eine ersprießliche Thätigkeit, wenn jede Einwirkung auf die Gestaltung der Dinge abgeschnitten wäre. So verzweifelt aber ist die Lage der nationalliberalen Fraction doch noch keineswegs. Ein dauerndes Zusammengehen der Regierung sowohl wie der Conservativen mit dem Centrum ist aus Gründen der nationalen Politik undenkbar. Gerade in den wichtigsten Fragen — wir haben ja jetzt bereits die Beispiele dafür — wird man immer wieder der Unterstützung von nationalliberaler Seite bedürfen. Diese Thatsache verleiht der nationalliberalen Fraction auch in Bezug auf die sonstigen Gebiete der Gesetzgebung noch immer einen nicht zu unterschätzenden Einfluß. Sie wird freilich die sich anbahnende „Revision" der Gesetzgebung der letzten dreizehn Jahre nicht zu hindern vermögen, würde dies übrigens in dieser Allgemeinheit auch gar nicht wollen. Aber auch im ungünstigsten Falle wird sie durch eine geschickte Taktik wenigstens Vieles von den Errungenschaften jener Zeit retten können, was bei der Annahme jener rein negativen Minoritätspolitik verloren gehen würde. Wir denken, mit solcher Handlungsweise, und mit ihr allein, bewegt sich die nationalliberale Fraction im Rahmen jener verständigen Realpolitik, welche ihren Ruhm ausgemacht hat. Freilich wird sie bei jener Taktik immer die Grenze inne halten müssen, welche ihr durch das Wesen einer liberalen Partei gezogen wird. Unseres Erachtens wäre es vom Standpuncte Lasker's aus gerade jetzt seine Aufgabe gewesen, in der Fraction auszuharren und mit darüber zu wachen, daß diese Grenze nicht überschritten werde. Statt dessen setzt er sich dem Vorwurf aus, seine Freunde verlassen zu haben in dem Augenblicke, da die Arbeit am schwierigsten wurde; noch mehr, er überhäuft die Freunde mit genau demselben Tadel, mit welchem Radicalismus und Fortschrittspartei sein eigenes Wirken in dessen fruchtbarsten Momenten verfolgt haben. Wir werden dem außergewöhnlichen Manne, dessen politische Thätigkeit durch so hohe Verdienste um das Vaterland und die liberale Sache ausgezeichnet ist, stets eine dankbare Verehrung bewahren; um so tiefer aber bedauern wir, daß er seine Auseinandersetzung mit der Fraction nicht ohne Aeußerungen vollziehen konnte, die er selbst ehedem als eine herbe Kränkung empfunden hat.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 5. April.

Zur auswärtigen Lage wird uns aus Berlin vom Sonntag geschrieben: „Aus der Umgebung der Königin von England, die gegenwärtig in Baden-Baden weilt, wird gemeldet, daß der Aufenthalt des hohen Gastes von kürzerer Dauer sein wird, als früher angenommen wurde. Die Zusammensetzung des neuen englischen Cabinets, welche je nach dem Parteistandpuncte englischer Journale eifrig besprochen wird, nimmt die Obsorge der Königin jetzt in Anspruch. Die Annahme, daß die schwierigen und delicaten Personenfragen erledigt werden könnten, ist gänzlich unstatthaft. Keiner der drei Candidaten auf die Premierschaft, Earl Granville, Gladstone und Lord Hartington, wird die Befehle der Königin zur Bildung eines Cabinets anders als auf heimischem Boden entgegennehmen können. Man würde fehlgehen, wenn man aus der Zusammenkunft unseres Kronprinzen mit der Königin in Darmstadt schließen wollte, daß dort ein bestimmender Ideenaustausch über die neue Lage stattgefunden habe, welche durch den Sieg der Whigs herbeigeführt worden ist. Es entspricht nicht den constitutionellen Gepflogenheiten englischer Herrscher, über die Politik, welche vom Parlament bestimmt und befolgt wird, Aeußerungen abzugeben, die auf persönliche Sympathien oder Antipathien zurückgreifen. Aber es ist zur Genüge bekannt, daß die Königin Victoria mit ihren ganzen Traditionen, die auch in dem Andenken an ihren Gemahl, den Prinzen Albert, eine Stütze finden, in der Politik und dem Ideenkreise der Whigs sich heimisch fühlt. Dies schloß nicht aus, daß sie ein persönliches Wohlwollen gegen Lord Beaconsfield hegte, welches nicht wenig durch die von ihm ins Werk gesetzte Zuerkennung des Titels als „Kaiserin von Indien" erhöht wurde. Auf die heutige Gestaltung der Dinge hat dies keinen Einfluß mehr, und es fragt sich nur noch, ob in der That Gladstone, der in unseren maßgebenden Kreisen nicht zu den beliebten Persönlichkeiten gehört, fortan das Staatsruder führen soll, oder ob Lord Hartington in die erste Stelle treten wird. Was Lord Granville, den dritten Candidaten, anbetrifft, so wird derselbe in der Berliner englischen Botschaft als ein Staatsmann geschildert, der nicht mehr die ganze Fülle der Arbeitskraft und Energie besitzt, welche zu diesem schwierigen Amt erforderlich ist. Diese und andere Fragen sind nach der Rückkehr des Kronprinzen Gegenstand vielfacher Erwägungen in unseren diplomatischen Regionen, weil man die Wünsche und Hoffnungen unseres Thronfolgers in Bezug auf die Entwickelung der Dinge in England höher veranschlagt, als im Allgemeinen angenommen wird. Es darf nicht vergessen werden, daß der Kronprinz mit der Politik des Fürsten Bismarck in allen Puncten übereinstimmt, welche ein Zusammengehen mit England fördern. Das deutsch-österreichische Bündniß scheint die Grundlage bilden zu sollen für ein Zusammenfassen aller Bestrebungen, die dem Frieden neue Garantien geben. Daß sich die Whigs diesen Tendenzen nicht verschließen werden, darf aus den Bemühungen entnommen werden, die unfehlbar in nächster Zeit eine positive Gestaltung gewinnen müssen."

Wir fügen den vorstehenden Ausführungen unseres Correspondenten die Bemerkung hinzu, daß die englischen Wahlen fast ausschließlich die gesammte politische Lage Europas beherrschen. Im Anschluß an bereits Bekanntes mögen hier noch einige telegraphische Nachrichten folgen. Nach dem Londoner „Observer" ist noch keine definitive Entscheidung darüber getroffen, ob das Ministerium unmittelbar zurücktreten oder ein Votum des Parlaments abwarten solle. Diese Entscheidung würde erst erfolgen, wenn die genaue Ziffer der liberalen Majorität vorliege. Nach dem Wahlergebniß vom letzten Freitag habe sich ein Specialgesandter zur Königin Victoria nach Deutschland begeben. Das genannte Blatt will ferner wissen, daß Gladstone nicht geneigt sei, in die Regierung einzutreten, jedoch seine Parteigenossen Granville und Hartington in loyaler Weise unterstützen werde. Jedenfalls könnte noch einige Zeit darüber hingehen, ehe vollständige Klarheit in die Cabinetsfrage kommen wird. Als wirkende Ursache zu dem jähen Sturze des Cabinets Beaconsfield dürfte der nicht ganz befriedigende Stand der afghanischen Angelegenheiten zu bezeichnen sein. Die Kämpfe haben in Afghanistan wieder begonnen, und wenn die vorliegenden Nachrichten die Lage der Engländer auch nicht gerade als ernstlich gefährdet erscheinen lassen, so reicht doch die Thatsache, daß trotz aller bisherigen Anstrengungen der Widerstand des kriegerischen Volkes noch nicht gebrochen ist, daß man vor neuen Kämpfen steht, wo man eine baldige endgültige politische Lösung erwartet hatte, hin, um die Politik des Ministeriums in den Augen eines großen Theiles der Wählerschaft herabzusetzen. — Von besonderem Interesse ist es, den Eindruck dieser Nachrichten auf Pariser politische Kreise zu beobachten. Ein Telegramm der „Post" aus Paris meldet, daß die Niederlage der Conservativen in England lebhaft in Betreff ihres Einflusses auf die auswärtige Politik und die allgemeine Gestaltung der politischen Lage Europas besprochen wird. Während die meisten republikanischen Blätter den Sieg der Liberalen freudig als für das republikanische Frankreich günstig deuten, vornehmlich wegen der erwarteten kühlen Haltung eines liberalen Ministeriums Deutschland gegenüber, verhehlen leitende Organe, wie die „République Française", ihr Mißvergnügen und ihre Enttäuschung über Disraeli's Sturz nicht. Das Blatt Gambetta's erinnert daran, daß Frankreich die Freundschaft der englischen Liberalen nie besonders zu loben Veranlassung gehabt habe, und scheint die thatkräftige Politik Disraeli's der wahrscheinlichen Abwartungspolitik eines Ministeriums Hartington-Granville im Interesse Frankreichs vorzuziehen. Trotzdem betonen auch diese republikanischen Organe, daß selbst eine liberale englische Regierung sich nicht mehr wie früher ganz und gar für die ausländische Continental-Politik interessiren könne. Die conservativen Blätter in Paris bedauern den Sturz Disraeli's, sehen aber in dem Wechsel keine merkliche Bedeutung für Frankreich.

Der zu Rom erscheinende „Popolo Romano" ist ermächtigt, gegenüber den Mittheilungen verschiedener Blätter über die Unterredung des Generalsecretairs im Ministerium des Auswärtigen, Maffei, mit einem ausländischen Journalisten zu erklären, Maffei habe nur die Ansicht ausgesprochen, daß die italienische Regierung die Hoffnung und das Vertrauen habe, die guten Beziehungen mit England stets zu erhalten, welche Partei auch bei den gegenwärtigen Wahlen siegen würde, weil zwischen den Nationen dauernde und höhere Interessen als Personen- und Parteifragen bestünden.

Die Hartmann-Affaire ist ganz danach angethan, aufs Neue Staub aufzuwirbeln. Ein Petersburger Telegramm meldet uns vom Sonntag wie folgt: „Gegenüber den in der russischen wie in der ausländischen Presse aufgetauchten, oft unrichtigen Gerüchten und Nachrichten über die Hartmann'sche Angelegenheit veröffentlicht der „Regierungsbote" eingehend den ganzen Sachverhalt nebst den bezüglichen officiellen Schriftstücken." Wir bezweifeln natürlich, daß mit dieser Veröffentlichung dem französischen Cabinete seitens der russischen Regierung ein Dienst geleistet wird, wenn wir auch der Ansicht sind, daß der bisherigen „Intimität" der beiden Nationen damit kein Abbruch geschehen wird.

Die Parteilage in Ungarn entbehrt andauernd der Sicherheit und Stabilität. Der Grund dieser

SLUB
Wir führen Wissen.